

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Landtag, 1. Kammer - digitalisiert

Baden / Ständeversammlung

Karlsruhe, 1819 - 1918

26. Sitzung (01.02.1868)

urn:nbn:de:bsz:31-28968

Sechszwanzigste öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, den 1. Februar 1868.

Gegenwärtig:

die in der vorigen Sitzung erschienenen Mitglieder, mit Ausnahme Seiner Großherzoglichen Hoheit des Prinzen Wilhelm von Baden und des Herrn Ministerialpräsidenten Dr. Jolly.

Von Seite der Regierungskommission:

Herr Ministerialrath Muth und Herr Ministerialrath Regenauer.

Unter dem Vorsitz des Präsidenten, Herrn Geheimraths Dr. v. Mohl.

Der Präsident theilt ein Entschuldigungsschreiben Sr. Großh. Hoh. des Prinzen Wilhelm von Baden, wornach dieser durch Dienstgeschäfte von Anwesenheit bei der heutigen Sitzung abgehalten ist, mit,

Beilage Nr. 166 (ungedruckt),

und gibt ferner nachfolgende Mittheilungen der zweiten Kammer bekannt:

1) das außerordentliche Budget des allgemeinen Staatshaushaltes und zwar: II. Ministerium des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, III. Justizministerium, IV. Ministerium des Innern, VI. Ministerium der Finanzen, für die Jahre 1868 und 1869 betr.,

Beilage Nr. 167;

2) das Budget des Handelsministeriums, Tit. V. „Wasser- und Straßenbau“ für 1868 und 1869 betreffend,

Beilage Nr. 168;

3) eine Adresse an Se. Königl. Hoh. den Großherzog wegen vollständiger Regelung des weltlichen Stiftungsvermögens betreffend,

Beilage Nr. 169.

Nach kurzer Erörterung wird bestimmt, daß letzterer Gegenstand von der Commission, die s. Zt. wegen der Motion auf Einführung der Civilehe und Aenderung der bürgerlichen Standesbeamtung gewählt worden, behandelt werden solle.

Druckfertige Berichte zeigen an:

Se. Großh. Hoh. Prinz Carl von Baden:

über das Eisenbahnbudget für die Jahre 1868 und 1869,

Beilage Nr. 170.

Freiherr v. Gemmingen:

über das Budget des Handelsministeriums Tit. V. Wasser- und Straßenbau für 1868 und 1869,

Beilage Nr. 171.

Prälat Dr. Holzmann bezeichnet als gleichfalls fertig, aber der Einfachheit der Sache wegen zum Vorausdruck nicht zu bestimmen:

den Bericht über den Gesetzesentwurf, betreffend die Rechtsverhältnisse der an andern als Volksschulen angestellten Volksschullehrern und der Gewerbeschulhauptlehrer.

Die eigentliche Tagesordnung wird hierauf, weil für

den ersten Gegenstand derselben noch kein Regierungscommissär anwesend ist, mit dem zweiten: Berathung des Berichts über den Gesetzesentwurf, betreffend den Bau einer Eisenbahn von Freiburg nach Breisach begonnen.

Der Berichterstatter Faller empfiehlt, in kurzen Worten die bei Erbauung solcher Bahnen angenommenen Grundsätze und die Einhaltung letzterer im vorliegenden Fall darlegend, den Gesetzesentwurf zur Annahme, die denn auch ohne weitere Discussion bei namentlicher Abstimmung mit Einstimmigkeit erfolgt.

Folgender Gegenstand der Tagesordnung ist Berathung des Berichts der Budgetcommission über das Budget des Finanzministeriums (mit Ausnahme von Tit. II.), erstattet von Artaria.

In der allgemeinen Discussion wiederholt der Berichterstatter die in der Vorbemerkung des Berichts Seite 3 ausgesprochene Empfehlung der ebendasselbst aufgeführten Beschlüsse der zweiten Kammer bezüglich der Besoldungsverhältnisse gewisser Beamtenklassen. Sie werden darauf vom h. Präsidium zur Abstimmung gebracht und beide von der ersten Kammer ebenfalls angenommen.

Die einzelnen Titel rufen keine Discussion hervor, sondern geben nur dem Berichterstatter Anlaß zu einigen erläuternden Bemerkungen im Sinne des Commissionsberichtes, so bei Tit. I. „Domänenverwaltung“ bezüglich des Umstandes, daß trotz der Zunahme des Waldbareals das Erträgniß in letzten Jahren abgenommen, sowie in Bezug auf die Aufhebung der Forstinspektionen und Aufbesserung der Bezirksförster — in

welch' letzterer Beziehung vom Regierungscommissär Ministerialrath Regenaueer bemerkt wird, daß unter den weiter verwilligten 2000 fl. zugleich die Mittel für eine neue Bezirksförsterstelle in Eppingen begriffen seien, — so ferner bei Tit. IV. „Zollverwaltung“ in Bezug auf das veränderte Erträgniß aus Salz in Folge der Salzsteuer.

Sämmtliche Sätze werden nach den Commissionsanträgen von der Kammer genehmigt.

Der noch übrige erste Gegenstand der Tagesordnung, Berathung des Berichts des Freiherrn v. Göler über den Gesetzesentwurf, die Anlagen der Ortsstraßen und die Feststellung der Baufluchten, sowie das Bauen längs der Landstraßen und Eisenbahnen betreffend, wird, nachdem derselbe hinlänglich vorbereitet und insbesondere mit der Regierung vereinbart, schließlich ohne Anwesenheit eines Vertreters der letzteren vorgenommen. Eine Discussion ergibt sich nicht und wird nach Genehmigung des vorgeschlagenen Zusatz-Artikels 10b das ganze Gesetz nach dem Commissionsantrag bei namentlicher Abstimmung einstimmig von der Kammer angenommen.

Nach einigen geschäftlichen Bemerkungen schließt der Präsident die Sitzung.

Zur Beurkundung:

Die Secretäre:

v. Göler.

Faller.